

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 269

der Abgeordneten Sabine Niels

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/269

Zur Berufungspraxis von Professorinnen und Professoren im Land Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage 269 vom 23.03.2010

An den Hochschulen im Land Brandenburg sind viele Professorenstellen unbesetzt. Dadurch ist eine Betreuung sowie ausreichende Versorgung der Studierenden mit guter und qualifizierter Lehre kaum noch bzw. nicht mehr möglich. Eine Ursache hierfür sind die Dauer von Berufungsverfahren im Land Brandenburg, sehr bürokratische Verfahrensabläufe, sowie eine hohe Regelungsdichte und enge Vorgaben durch das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Mit dem neuen brandenburgischen Hochschulgesetz, das im Dezember 2008 in Kraft getreten ist, kann das Berufsrecht auf die Hochschulen übertragen werden. Dies soll Anlass für eine erste Analyse der Berufungspraxis im Land Brandenburg sein.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie viele Professoren waren an den Hochschulen des Landes Brandenburg per 30.10.2009 nicht besetzt (absolut und relativ in %)?
2. Wie lange dauert durchschnittlich ein Berufungsverfahren im Land Brandenburg von der Ausschreibung bis zur Ernennung? Wie viel dieser Dauer nahm anteilig die Bearbeitung der Verfahren im MWFK in Anspruch?
3. In wie vielen Fällen konnte in den letzten fünf Jahren (2005 bis 2009) der oder die Erstplatzierte der Berufsliste nicht ernannt werden, weil die BewerberInnen inzwischen einen Ruf an eine andere Hochschule in anderen Bundesländern erhalten haben oder aus anderen Gründen nicht mehr zur Verfügung standen? In wie vielen Fällen sind Verfahren nach Einreichung im MWFK insgesamt gescheitert, so dass Stellen von den Hochschulen erneut ausgeschrieben werden mussten? In wie vielen Fällen drohten Konkurrentenklagen oder wurden diese eingereicht, wie wurde mit diesen umgegangen und welche Vorsorge wurde getroffen, um die Hochschulen mit diesem Thema künftig nicht allein zu lassen?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, damit insbesondere an den Fachhochschulen des Landes mehr herausragende Praktiker auch mit einer Promotionsnote „cum laude“ listenfähig sind und berufen werden können so wie dies in anderen Bundesländern üblich ist. (Anmerkung: Im Land Brandenburg werden Promotionen mit der Note „cum laude“ nicht als qualifizierte Promotion im Sinne des § 38 (1) BbgHG angesehen)?

Datum des Eingangs: 22.04.2010 / Ausgegeben: 27.04.2010

5. Im Rahmen der Hochschulautonomie ist die Abgabe des Berufungsrechts an die Hochschulen ein wichtiger Schritt. Diese neue Aufgabe erfordert aber in den Hochschulen zusätzliche personelle Ressourcen, die nicht auf die Eigenverantwortung der Hochschulen geschoben werden kann. Welche Ressourcen werden bzw. wurden den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt, wenn auf diese das Berufungsrecht übergeht?

6. Der Bund sieht sich in seinem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) weiterhin der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen verpflichtet. Welche über den Ausbau von Kinderbetreuung hinausgehenden Maßnahmen ergreift oder plant die Landesregierung, um explizit Nachwuchswissenschaftlerinnen zu unterstützen und auf eine Professur vorzubereiten, ohne dass diese sich zwischen Kind und Wissenschaft entscheiden müssen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Verfahren zur Berufung von Hochschullehrern sind aus verfassungsrechtlichen (Art. 33 in Verb. mit Art. 5 GG) und qualitätssichernden Gründen aufwändige Personalauswahlverfahren. Gemäß § 38 Abs. 5 BbgHG kann den Hochschulen das Recht zur Berufung von Hochschullehrern durch Rechtsverordnung übertragen werden. Bis auf die Fachhochschule Brandenburg und die Fachhochschule Potsdam haben mittlerweile alle Hochschulen das Recht zur Berufung von Professorinnen und Professoren. Das Ernennungsrecht liegt nach wie vor beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK). Einen Sonderfall stellt die Europa-Universität Viadrina dar, der das Berufungsrecht mit dem Gesetz über die Errichtung der Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) vom 14.12.2007, GVBl.I/07, [Nr.16], S.206, zum 01.03.2008 übertragen worden ist. Die Stiftung hat Dienstherrneigenschaft, d.h. sie nimmt auch die Ernennung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in eigener Zuständigkeit vor. Für den Zeitraum nach Stiftungserrichtung liegen im Ministerium daher keine Angaben mehr zu Berufungsverfahren an der Viadrina vor. Bereits mit der Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes im Jahr 2007 wurde das Berufungsverfahren neu geregelt, um das Auswahlverfahren noch effektiver und effizienter zu gestalten. Im Brandenburgischen Hochschulgesetz sind nur noch wesentliche Vorgaben zur Qualitätssicherung der Berufungsverfahren enthalten. Einzelheiten z.B. zum Inhalt der Stellenausschreibungen, zur Wahl und Zusammensetzung der Berufungskommission, zum Auswahlverfahren und dessen Dokumentation, zur Information und Betreuung von Bewerberinnen und Bewerbern sowie zu Fristen für die Durchführung des Berufungsverfahrens und die Rufannahme sind von den Hochschulen in ihren Berufungssatzungen eigenverantwortlich zu regeln. Von einer hohen Regelungsdichte oder engen Vorgaben des MWFK kann daher nicht gesprochen werden, vielmehr trifft das Gegenteil zu.

Zu Frage 1: Wie viele Professuren waren an den Hochschulen des Landes Brandenburg per 30.10.2009 nicht besetzt (absolut und relativ in %)?

zu Frage 1: Zum 30.10.2009 waren an den Hochschulen des Landes - die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) nicht mitgezählt - insgesamt 93,5 Professuren (12 %) nicht besetzt. Dieser Anteil ist mit Blick auf die gewollte und auch notwendige Personalfluktuations im Wissenschaftsbereich als üblich einzuschätzen.

Frage 2: Wie lange dauert durchschnittlich ein Berufungsverfahren im Land Brandenburg von der Ausschreibung bis zur Ernennung? Wie viel dieser Dauer nahm anteilig die Bearbeitung der Verfahren im MWFK in Anspruch?

zu Frage 2: Das MWFK erhebt keine Statistik zur Dauer von Berufungsverfahren. Nach überschlägiger Einschätzung hat die durchschnittliche Dauer vor der Übertragung des Berufsrechts ein bis eineinhalb Jahre betragen. Eine Abfrage bei den Hochschulen, die das Berufsrecht durch Rechtsverordnung übertragen bekommen haben, hat ergeben, dass die Verfahrensdauer jetzt durchschnittlich ein Jahr beträgt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Dauer des Berufungsverfahrens, d.h. von der Ausschreibung bis zur Ernennung, nicht identisch ist mit der Dauer der Bearbeitungszeit, da nach der ministeriellen Praxis in aller Regel nur zum jeweiligen Semesterbeginn berufen wird. Die reine Bearbeitungszeit im Ministerium lag vor der Übertragung des Berufsrechts auf die Hochschulen in der Regel bei ca. drei Wochen, seit der Übertragung des Berufsrechts bei ca. einer Woche. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Dauer von Berufungsverfahren von sehr unterschiedlichen Faktoren abhängt, wie z.B. der Klärung der Art des Dienstverhältnisses und von komplexen Einzelfragen in den von den Hochschulen zu führenden Berufungsverhandlungen mit einzuräumenden Entscheidungsfristen oder einzuhaltenden Kündigungsfristen der Rufinhaberin oder des Rufinhabers.

Frage 3: In wie vielen Fällen konnte in den letzten fünf Jahren (2005 bis 2009) der oder die Erstplatzierte der Berufsliste nicht ernannt werden, weil die BewerberInnen inzwischen einen Ruf an eine andere Hochschule in anderen Bundesländern erhalten haben oder aus anderen Gründen nicht mehr zur Verfügung standen? In wie vielen Fällen sind Verfahren nach Einreichung im MWFK insgesamt gescheitert, so dass Stellen von den Hochschulen erneut ausgeschrieben werden mussten? In wie vielen Fällen drohten Konkurrentenklagen oder wurden diese eingereicht, wie wurde mit diesen umgegangen und welche Vorsorge wurde getroffen, um die Hochschulen mit diesem Thema künftig nicht allein zu lassen?

zu Frage 3: Die Erstplatzierten geben in ihren Rufablehnungsschreiben in den seltensten Fällen an, warum sie dem Ruf nicht nachkommen. Das MWFK führt hierüber keine Statistik. Ebenso wenig werden Daten erhoben, in wie vielen Fällen Verfahren nach Einreichung im MWFK insgesamt gescheitert sind und daher neu ausgeschrieben werden mussten. Es dürfte sich jedoch um sehr wenige Fälle handeln. Bei der Bearbeitung der Berufungsverfahren sind bei keiner Hochschule Häufungen von Neuausschreibungen aufgefallen. In dem genannten Zeitraum drohten in drei Fällen Konkurrentenklagen. Ein Klageverfahren ist nicht bekannt. Im Bedarfsfall berät das MWFK die Hochschulen in Berufsfragen.

Frage 4: Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, damit insbesondere an den Fachhochschulen des Landes mehr herausragende Praktiker auch mit einer Promotionsnote „cum laude“ listenfähig sind und berufen werden können so wie dies in anderen Bundesländern üblich ist. (Anmerkung: Im Land Brandenburg werden Promotionen mit der Note „cum laude“ nicht als qualifizierte Promotion im Sinne des § 38 (1) BbgHG angesehen)?

zu Frage 4: Gemäß § 39 Abs. 4 i.V.m. Abs. 1 Ziff. 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes erfüllt auch diejenige Bewerberin oder derjenige Bewerber die Einstellungs Voraussetzungen für Professoren, die oder der anstelle einer qualifizierten Promotion hervor-

gende fachbezogene Leistungen in der Praxis nachweisen kann. Diese Möglichkeit kommt überwiegend bei der Berufung von Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen zur Anwendung. Damit ist es in auch in Brandenburg möglich, in ausreichendem Maße hervorragende Praktiker zu berufen.

Frage 5: Im Rahmen der Hochschulautonomie ist die Abgabe des Berufungsrechts an die Hochschulen ein wichtiger Schritt. Diese neue Aufgabe erfordert aber in den Hochschulen zusätzliche personelle Ressourcen, die nicht auf die Eigenverantwortung der Hochschulen geschoben werden kann. Welche Ressourcen werden bzw. wurden den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt, wenn auf diese das Berufungsrecht übergeht?

zu Frage 5: Die Hochschulen waren bereits vor der Übertragung des Berufungsrechts im Rahmen ihrer Zuständigkeit verpflichtet, die Berufungsverfahren vor Einreichung beim MWFK gründlich zu prüfen. Der Mehraufwand, der durch die Übertragung des Berufungsrechts bei jeder einzelnen Hochschule anfällt, ist überschaubar. Die Hochschulen können die Aufgabe mit dem vorhandenen Personal, ggf. nach interner Umorganisation, bewältigen.

Frage 6: Der Bund sieht sich in seinem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) weiterhin der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen verpflichtet. Welche über den Ausbau von Kinderbetreuung hinausgehenden Maßnahmen ergreift oder plant die Landesregierung, um explizit Nachwuchswissenschaftlerinnen zu unterstützen und auf eine Professur vorzubereiten, ohne dass diese sich zwischen Kind und Wissenschaft entscheiden müssen?

zu Frage 6: Auch nach dem Auslaufen des HWP zum Ende des Jahres 2006 ist die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen ein vorrangiges Ziel aller Hochschulen. Um die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie an den Brandenburger Hochschulen zu verbessern, haben das MWFK und die Hochschulen in Kooperation mit den Studentenwerken im Jahr 2008 ein Qualitätsversprechen „Kinder und Karriere“ gemeinsam erarbeitet und unterzeichnet. Ein Ziel ist es, Nachwuchswissenschaftlerinnen die Vereinbarkeit von Karriere und Familie zu erleichtern. Zu den konkreten Umsetzungsmaßnahmen der Hochschulen gehören neben dem Ausbau der Kinderbetreuung die Einrichtung von spezifischen Beratungsstellen, die Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und -formen (Tearbeit, Gleizeit, Teilzeit), der Aufbau von Elternnetzwerken sowie die Zahlung von Kinderbetreuungszuschlägen in besonderen Fällen, beispielsweise für die Zeit der Teilnahme von Wissenschaftlerinnen an einer Fachtagung. In den Zielvereinbarungen, die das MWFK mit den Hochschulen für den Zeitraum 2010-2012 geschlossen hat, wurden mit allen Hochschulen Ziele zur Vereinbarkeit von Kindern und Karriere sowie zur Verbesserung der Chancengleichheit verabredet. Das MWFK unterstützt die Umsetzung dieser Ziele mit insgesamt 800.000 € pro Jahr. Darüber hinaus stellen die Zahlen der Studienanfängerinnen, der akademischen Mitarbeiterinnen und der Professorinnen seit dem Jahr 2004 Leistungsindikatoren im Modell der leistungsorientierten Mittelvergabe dar. Damit besteht ein unmittelbarer monetärer Anreiz für die Hochschulen, in allen akademischen Stufen vermehrt attraktive Rahmenbedingungen für Frauen zu schaffen und entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Seit Einführung des Modells der leistungsorientierten Mittelvergabe haben sich alle drei o.g. Leistungsindikatoren deutlich positiv entwickelt: Studienanfängerinnen + 20 %; akademische Mitarbeiterinnen + 19 %; Professorinnen + 32 %.

Der Anteil von Professorinnen lag im Jahr 2008 in Brandenburg mit 19,5 % über dem Durchschnitt aller Länder von 17,5 %.